

Frei kritisiert Ampel-Schlingerkurs in Energiepolitik

Der Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion fordert die Ampel zu einem Kurswechsel auf. Er sieht auch Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

Von Bärbel Krauß

Mit Sorge blickt der Parlamentsgeschäftsführer der CDU-Fraktion im Bundestag, Thorsten Frei, auf die Energieversorgung. „Wir sind energiepolitisch noch nicht über den Berg. Wenn es in diesem Winter monatelang knackig kalt wird, kann alles noch mal knapp werden“, betonte Frei bei einem Besuch in unserer Redaktion. Er verweist darauf, dass die Energieeinsparquote aktuell „nicht bei den erhofften zwanzig, sondern lediglich bei fünf Prozent“ liege. „In jedem Fall wird der Winter 2023/2024 die noch größere Herausforderung, weil dann die Gasspeicher gar nicht mehr mit russischem Gas gefüllt sein werden.“

Den CDU-Politiker treibt dabei nicht nur die Sicherheit der Strom- und Gasversorgung um, sondern auch die Bezahlbarkeit. Er fordert, dass die Bundesregierung in Sachen Energiepreis dringend weiter gegensteuern muss. „Es ist für die Wirtschaft ein enormer Standortnachteil, dass die Energiepreise hier mittlerweile zehnmal höher sind als in den USA und dass Frankreich schon vor einem Jahr einen Gaspreisdeckel sowie einen Industriestrompreis eingeführt hat“, erklärte er. „Da sehen wir wirklich schlecht aus. Wenn die Bundesregierung das nicht besser gelöst bekommt, sehe ich ein echtes Risiko, dass es in ganz Deutschland, vor allem aber in Baden-Württemberg zu einer teilweisen Deindustrialisierung kommt.“ Dem Ernst der Lage werde die Ampelkoalition nicht gerecht, wenn sie „den Griff zum Waschlappen propagiert. Das ist eine unangemessene Simplifizierung. Denn dann sind wir wirklich auf dem Weg, der kranke Mann

Europas zu werden, den der ‚Economist‘ im Jahr 1999 schon mal prognostiziert hat.“

Die Ampel sieht er mit Blick auf die sichere Energieversorgung „auf Schlingerkurs“. Es sei zwar ein „ermutigendes Signal“, dass das erste LNG-Terminal in Wilhelmshaven in kurzer Zeit fertiggestellt worden sei. „Aber angesichts der Energieunsicherheit in den nächsten zwei bis drei Jahren ist es ein schwerer und ideologiegetriebener Fehler, die Kernenergie als annähernd CO₂-neutrale Energiequelle jetzt vom Tisch zu nehmen.“

Auch der Arbeitsmarkt werde zunehmend zur Belastung der Wirtschaft. „Mit 1,9 Millionen unbesetzten Stellen wird der Fachkräftemangel zunehmend zum Problem“, betonte Frei. „Volkswirtschaftlich war die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren ein großer Fehler. Es braucht im Gegenteil Anreize, dass die Menschen länger im Arbeitsprozess bleiben. Dass man in einzelnen Berufen – sei es in der Pflege oder als Dachdecker – nicht bis 65 oder 67 Jahren arbeiten kann, weil die körperliche Belastung zu groß wird, ist kein Grund, generell einen Anreiz zum früheren Wechsel in die Rente zu setzen.“

Geopolitisch sieht er im kommenden Jahr noch keine Entspannung der Lage. „Der Ukraine-Krieg und seine Folgen sowie alle anderen geopolitischen Krisen bis hin zu

den Spannungen zwischen China und Taiwan werden im neuen Jahr nicht verschwunden sein“, betonte er. Umso fataler sei, dass die Bundesregierung keine ganzheitliche China-Strategie habe. „Es ist ein Unding, dass das Auswärtige Amt eine China-Strategie vorlegt und das Wirtschaftsministerium eine andere. Interessen der Ministerien müssen im Kanzleramt gebündelt und daraus eine schlüssige Strategie entwickelt werden“, forderte er.

„Klar ist, dass China ein wichtiger Partner für uns bleibt, wir aber zu starke einseitige Abhängigkeiten reduzieren müssen, da sonst die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung durch Peking besteht.“ Zwar brauchten die deutschen Unternehmen die Absatzmärkte dort, und sie brauchten für die Produktion auch Rohstoffe aus China, etwa Seltene Erden. „Aber der Preis darf bei diesen Geschäften nicht allein den Ausschlag geben. Denn dass China seine Verbindungen mit Europa zuletzt deutlich reduziert hat, muss für uns ein Zeichen sein,

das hohe Maß an Verflechtung mit China in bestimmten Bereichen eher abzubauen, mehr Diversifikation sicherzustellen und alles am besten in Abstimmung mit unseren Partnern in Europa.“